



HALLE ★ *Die Stadt*

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2005/05240**
Datum: 05.10.2005
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Uwe Heft

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.10.2005	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Plan ÖPNV des Landes
Sachsen-Anhalt 2005 - 2008/2015**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Plan ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2005 – 2008/2015 wird gemeinsam durch die Oberbürgermeisterin bzw. den von ihr beauftragten Mitarbeitern und dem Stadtrat Halle (Saale) erarbeitet und vom Stadtrat als solche verbindlich verabschiedet.
2. Zur Erfüllung des unter 1. genannten Zieles beauftragt der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) die Oberbürgermeisterin, beim zuständigen Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt eine Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme zu erwirken.

gez. Uwe Heft
Die Linkspartei. PDS
Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)

Begründung:

Der abschließende Entwurf des Planes ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 2005 -2008/2015 liegt der Stadt Halle (Saale) sehr kurzfristig vor. So kurzfristig, dass eine reguläre Behandlung in den Ausschüssen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zum Erreichen der Ratssitzung September 2005 unmöglich ist. Die Stadt Halle (Saale) ist von diesem Entwurf unmittelbar, z.B. durch die innerstädtische S-Bahn-Linie, die S-Bahn-Linie S10 Halle-Leipzig, den schienengebundenen Nah- und Fernverkehr, betroffen. U. a. durch die Berührung der verkehrspolitischen Ziele der Stadt Halle (Saale) oder des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) fällt die vom Land Sachsen-Anhalt erbetene Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum vorliegenden Entwurf des Planes ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt 2005 – 2008/2015 unmittelbar in die Zuständigkeit des Stadtrates der Stadt Halle (Saale).

Die möglicherweise weitreichenden Auswirkungen von Veränderungen im SPNV greifen direkt in die v. g. Beschlüsse des Rates der Stadt Halle (Saale) ein, möglicherweise bis hin zu entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzierung des straßengebundenen ÖPNV in der Stadt Halle (Saale).

Insofern ist die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zu v. g. Plan ÖPNV kein Verwaltungsakt der Oberbürgermeisterin.

Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt 2005 – 2008/2015

Vorlage-Nr.: IV/2005/05240

TOP: 7.3

Stellungnahme der Stadtverwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Das Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt gab den Aufgabenträgern im Rahmen einer Anhörung bis 30.09.2005 die Möglichkeit zum ÖPNV-Plan des Landes Stellung zu nehmen.

Eine Verlängerung der Fristsetzung durch das Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt bis zum 15.10.2005 war nur für eine eventuelle wesentliche Veränderung der termingerecht abgegebenen Stellungnahme möglich.

Den Mitgliedern des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde die Stellungnahme der Stadtverwaltung Anfang Oktober zur Kenntnis gegeben. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass die Mitglieder des Ausschusses keinen Änderungsbedarf an der Stellungnahme der Stadtverwaltung sehen, da während der Sitzung am 11.10.2005 keine Nachfragen bzw. Hinweise gegeben wurden.

Zurzeit läuft im Ministerium der Abstimmungsprozess, um diesen Plan am 15.11.2005 im Landtag abschließend zu beraten.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter